

CDU-Gründung vor 60 Jahren

Nicht Adenauer stand am Anfang, sondern Kolping

Die Keimzelle bildeten christliche Gewerkschaftsführer im Widerstand

Vor 60 Jahren wurde die CDU gegründet. Was viele nicht wissen: Am Anfang stand nicht Adenauer, sondern Kolping und KAB.

Von Martin Grünewald

Die Keimzelle der CDU-Gründung lag in Widerstands- und illegalen Gesprächskreisen, die sich ab 1941 in Köln bildeten. Eine wichtige Gruppe traf sich im Kettelerhaus der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine – heute Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB). Sie bestand aus christlichen Gewerkschaftern. Ihr gehörten KAB-Führungspersonlichkeiten wie Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus und Heinrich Körner an, ebenso Gewerkschaftsführer wie die Kolpingmitglieder Johannes Albers, Jakob Kaiser und Karl Arnold sowie führende Zentrumsmitglieder wie Heribert Scheeben. Ein weiterer regelmäßiger Teilnehmer war der Provinzial der norddeutschen Dominikanerprovinz, Pater Laurentius Siemer. Er wurde von Pater Eberhard Welty unterstützt, einem Professor für Sozialethik an der Ordenshochschule Walberberg in der Nähe von Köln. Zentrale Persönlichkeiten des Widerstandes wie Pater Alfred Delp und Carl Goerdeler besuchten diese Gruppe.

Eine zweite Gruppe traf sich im Kölner Kolpinghaus. Ihr gehörten unter anderem der Geschäftsführer des Kölner Kolpinghauses, Theo Babilon, der Präses der Kolpingsfamilie Köln-Zentral, Heinz Richter, Karl Zimmermann und Leo Schwering an.

Blutig verfolgt

Nach dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurden die Teilnehmer beider Gesprächskreise blutig verfolgt: Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß und Andreas Hermes wurden vom Volksgerichtshof zum Tode, Johannes Albers und Heinrich Körner zu Zuchthausstrafen verurteilt. Andreas Hermes entging der Vollstreckung, Jakob Kaiser versteckte sich in Berlin.

Auch die Mitglieder des Gesprächskreises im Kolpinghaus wurden von der Geheimen Staatspolizei verhaftet: Theo Babilon und Präses Heinz Richter kamen in Konzentrationslagern um, Leo Schwering und Karl Zimmermann überlebten.

April 1945: Es herrschte eine Not- und Übergangszeit. Im weitgehend zerstörten Köln lebten damals noch fünf Prozent seiner ursprünglichen Bevölkerung.

Brachten die Alliierten den Deutschen die Demokratie? Sobald die Waffen verklungen wa-

„Zentrum“

Das „Zentrum“ war eine in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene, rein katholische Partei in Deutschland. Bereits im Jahre 1906 forderte der Publizist Julius Bachem, die Zentrumsparterie „aus dem katholischen Turm“ herauszuführen. Die größte Wirkung hatte der christliche Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald bei seiner Rede 1920 in Essen. Er forderte den Zusammenschluss der katholischen und evangelischen nichtsozialistischen Kräfte zu einer christlich-sozialen, nationalen und demokratischen Partei („Christliche Volkspartei“). Beide Vordenker strebten eine interkonfessionelle Partei an.

ren, verbot die US-Besatzungsmacht im Rheinland jede politische Betätigung. Pater Eberhard Welty hatte die sozialphilosophisch-theologischen und praktisch-politischen Ideen des Widerstandskreises schriftlich zusammengefasst. Unmittelbar nach Kriegsende ließ er seine Aufzeichnungen unter dem Titel „Was nun?“ ohne Zustimmung der Besatzungsmacht drucken. Deshalb wurde er vom US-Geheimdienst mehrfach verhört und beinahe inhaftiert.

Leo Schwering besuchte im April seinen Kölner Zentrums-Parteifreund Konrad Adenauer in Rhöndorf. Doch der frühere Oberbürgermeister von Köln, inzwischen 69 Jahre alt, ließ sich nicht zum mitmachen überzeugen. Der „Alte“ ahnte vielleicht, dass ihn die britische Besatzung von Mai bis Oktober 1945 wieder als Oberbürgermeister der Rhein-Metropole einsetzen würde. Adenauer lehnte ab, möglicherweise auch, weil ihm Leo Schwering politisch zu „links“ eingestellt war.

Am 22. Mai verabredeten sich ehemalige Zentrumsmitglieder zur Gründungsversammlung einer christlichen Partei am 17. Juni im Kolpinghaus an der Breite Straße in Köln. Vorausgegangen war eine Debatte über die entscheidende Frage, das „Zentrum“ wieder zu begründen oder eine neue, interkonfessionelle Partei ins Leben zu rufen.

Im Rheinland und in Berlin wurde diese Frage eindeutig beantwortet: 18 ehemalige Zentrumsmitglieder kamen am geschichtsträchtigen 17. Juni 1945 in Köln zusammen, die Hälfte waren Kolpingmitglieder: Bernhard Günther, Clemens Hastrich, Josef Hellmich, Alfred Keller, Josef Kuner, Hans Pimpertz, Leo Schwering, Franz Wiegert und Karl Zimmermann. An diesem Tag wurde eine achtköpfige Programmkommission eingesetzt und Leo Schwering zu ihrem Vorsitzenden bestimmt. Bereits zu dieser Gründungsversammlung am 17. Juni hatte Leo Schwering einen ersten, grundlegenden Programmentwurf vorgelegt, der – vom Programmausschuss überarbeitet – am 1. Juli als „Kölner Leitlinien“ veröffentlicht wurde und weit über Köln hinaus wirkte.

Köln und Berlin

Am gleichen Wochenende trafen sich in Berlin ehemalige Mitglieder des Kölner Widerstandskreises in der Privatwohnung von Andreas Hermes zur Gründung einer neuen Partei, ebenfalls dabei Kolpingmitglied Jakob Kaiser. Beide Gruppen einte die Überzeugung: Die Zentrumsparterie war im 19. Jahrhundert als Abwehrbewegung der katholischen Bevölkerung gegen einen bevormundenden protestantischen Staat gegründet worden; diese Ausgangslage bestand nicht mehr.

Während beim ersten Treffen zur Parteigründung am 17. Juni in Köln nur Katholiken anwesend waren, kamen bereits zu den ersten Beratungen der Programmkommission sechs Tage später evangelische Christen hinzu, darunter Superintendent Hans Encke. Zunächst basierten die Beratungen auf den Vorarbeiten von Leo Schwering und Pater Eberhard Welty. Beim zweiten Treffen legte Pater Laurentius Siemer einen eigenen, radikaleren Program-

Kolpingmitglieder gestalteten mit

Adam Stegerwald, Generalsekretär (1903 bis 1920) und Vorsitzender (bis 1929) der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, war an der Gründung der CSU wenige Wochen vor seinem Tod maßgeblich beteiligt.

Dr. Leo Schwering, Philologe und promovierter Historiker, erlebte den Aufruf Adam Stegerwalds beim Essener Gewerkschaftskongress 1920 zur Gründung einer interkonfessionellen Partei. Er war Landtagsabgeordneter des Zentrums von 1921 bis 1932, später Bibliotheksdirektor und stellte während der Zeit des Nationalsozialismus den Kontakt zwischen den Gesprächskreisen im Ketteler- und im Kolpinghaus her. Bereits 1934 war Dr. Leo Schwering von den Nationalsozialisten zwangspensioniert worden. Noch im Reichstagswahlkampf 1933 hatte Leo Schwering in Ansprachen verkündet: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Dr. Karl Zimmermann war bis 1933 Generalsekretär des Verbandes Katholischer Beamtenvereine Deutschlands und als freier Mitarbeiter im Seligsprechungsprozess Adolph Kolpings tätig.

Jakob Kaiser, seit 1924 Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften für Rheinland und Westfalen, 1949 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen von 1949 bis 1957.

Karl Arnold, Vorsitzender des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1933 Verhaftung durch die Gestapo, 1946 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1947 bis 1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1958 Bundesvorsitzender der CDA.

Johannes Albers, auf Anregung von Adam Stegerwald Gründer der CDU-Sozialausschüsse als eigener Organisation in der Partei ab Dezember 1945, 1958 bis 1963 CDA-Vorsitzender.

entwurf vor. Demnach sollte die neue Partei den Namen „Christlich-sozialistische Gemeinschaft“ tragen. Dies wurde von den meisten Teilnehmern abgelehnt, es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen, worauf der Dominikanerprovinzial weitere Treffen der Programmkommission im Kloster Walberberg verboten und die Sitzung verließ.

Das abschließende Treffen am 1. Juli in Köln verlief problemlos: „Die Seele aller Verhandlungen war Eberhard Welty“, beschrieb Leo Schwering. „Wir alle empfanden es: Ein neues Tor war aufgetoßen.“ Der bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätige Historiker Rudolf Uertz schreibt: „Die Kölner Leitsätze waren das wichtigste programmatische Dokument der Gründungszeit in Westdeutschland.“

Christlicher Sozialismus?

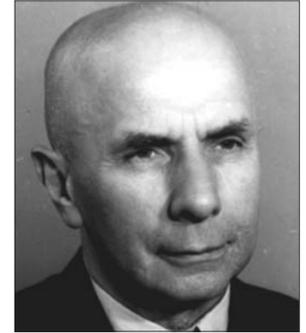
Die Debatte über den christlichen Sozialismus war kein Zufall. Der Kern der Widerstandskreise bestand aus christlichen Gewerkschaftsführern oder stand ihnen weltanschaulich sehr nahe. Die wichtigsten und frühesten Parteigründungen in Berlin und Köln im Juni 1945 setzten sich wesentlich aus diesen Personen zusammen und empfanden sich als geistige Te-



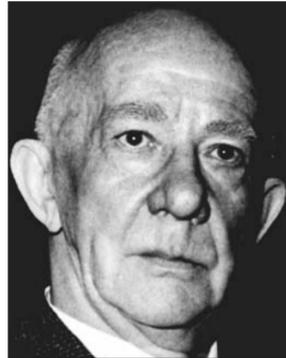
Adam Stegerwald.



Leo Schwering. Foto: privat



Jakob Kaiser. Fotos: (5) Adenauer-Stiftung



Johannes Albers.



Karl Arnold.



Konrad Adenauer.

stamentsverwalter der Blutzug der NS-Gewaltherrschaft. Sie repräsentierten soziale, aber weniger konservative und liberale Elemente der Union, die sie aber ausdrücklich in die neue Partei einbinden wollten.

Bereits in der ersten Phase legten die Gründer die Fundamente für den späteren Erfolg der Union als Volkspartei, indem sie das bewusste Zusammenwirken der drei „Flügel“ organisierten: soziale, konservative und liberale Kräfte sollten gemeinsam an der Gestaltung der Gesellschaft mitarbeiten und dabei durch das christliche Menschenbild zusammengehalten werden. Leo Schwering schrieb dazu: „Eine Rechtsparterie kann es überhaupt nicht mehr geben... Wir sind überzeugt, dass nur eine große christliche Partei die Heimatlos gewordenen ehemaligen Konservativen und Liberalen aufnehmen kann.“

Im Kölner Kolpinghaus richtete Johannes Albers, Gewerkschaftsführer und selbst Kolpingmitglied, das „Büro Albers“ ein, aus dem später die CDU-Sozialausschüsse hervorgingen, heute Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA).

Am 2. September 1945 gründete sich die Christlich-Demokratische Partei im Rheinland und wählte Leo Schwering zu ihrem Vorsitzenden. In Abwesenheit wurde Konrad Adenauer in einen siebenköpfigen Parteirat des Rheinlandes gewählt. Wie der Historiker Rudolf Uertz feststellt, nahm Adenauer zunächst weder auf die organisatorische noch programmatische Entwicklung Einfluss.

Zum ersten Reichstreffen der Landesverbände vom 14. bis 16. Dezember kündigte sich eine Rivalität der Gründerkreise von Berlin und Köln im Führungsanspruch der neuen Partei an. Dort wurde der endgültige Name „Christlich-Demokratische Union“ festgelegt. Aus der sowjetischen Zone konnten nur ganz wenige Vertreter anreisen, auch die Bayern fehlten. In der Entscheidung über die wirtschaftliche und soziale Neuordnung hieß es: „Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unserer Wirtschaft müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden. Insgesamt muss das System planvoller Wirtschaftslenkung mit der alten abendländischen Idee der freien und verantwortlichen Persönlichkeit ausgefüllt und belebt werden. So vertreten wir einen Sozialismus christlicher Verantwortung.“ Neben dem prägenden Kreis der christlichen Gewerkschafter beteiligten sich auch „bürgerliche“ Per-

sönlichkeiten. Konrad Adenauer, der erstmals bei einer CDU-Veranstaltung anwesend war, nahm als „stiller Zuhörer“ (Schwering) teil.

Die sowjetische Militärregierung verschärfte den Druck auf die Berliner CDU und zwang ihren Vorsitzenden Andreas Hermes zum Rücktritt. Seine Nachfolge übernahm Jakob Kaiser, nach dem Tod Adam Stegerwalds am 3. Dezember 1945 „die unbestritten fähigste und bedeutendste Persönlichkeit aus dem Kreis der ehemaligen christlichen Gewerkschafter“ (Uertz).

Adenauer kommt

Bei der ersten Tagung des neugeschaffenen Ausschusses der CDU in der britischen Zone am 22./23. Januar 1946 übernahm Konrad Adenauer, nachdem er sich bislang abwartend zurückgehalten hatte, den Vorsitz, zunächst als Alterspräsident. Am 5. Februar 1946 festigte er seine Machtstellung durch die Wahl zum CDU-Vorsitzenden im Rheinland, am 1. März außerdem durch seine endgültige Wahl zum Zonenvorsitzenden. Im Rheinland setzte er sich in einer Kampfabstimmung gegen den bisherigen Vorsitzenden Leo Schwering durch, der sich enttäuscht aus der Politik zurückzog. Dieser ahnte treffsicher, dass Adenauer die Partei auch programmatisch umlenken würde. Die „Freiheit der Persönlichkeit“ war der neue zentrale Grundsatz künftiger christlicher Politik und Programmik, beschreibt der Historiker Rudolf Uertz die Entwicklung.

Diese fand den Widerspruch des Berliner CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser. Die programmatischen Unterschiede zwischen beiden Führungspersonlichkeiten verstärkten die Rivalität zwischen Berlin und Köln. Zwischen ihnen entwickel-

te sich ein herber Streit, verstärkt durch eine Rede Jakob Kaisers am 31. März 1946 in Essen, wo er für den Aufbau einer neuen Ordnung im Sinne des christlichen Sozialismus eingetreten war. In Abwesenheit Kaisers verschaffte sich Adenauer wenige Tage später Rückenbedeckung bei einem Treffen der westlichen Ländervertreter, um deshalb gegen Kaiser anzugehen. Da der Rheinländer aber weiter auf den Arbeitnehmerflügel der Union angewiesen war, „variierte Adenauer ständig Forderungen nach einer christlichen Sozialreform oder stellte sie gar nicht erst auf“, beschreibt der Historiker Rudolf Uertz das Vorgehen des taktierenden Politikers. Bei einer Rede in der Kölner Universität forderte Adenauer: „Die Wirtschaft soll den Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des Einzelnen zu sehen. Die Wirtschaft hat sich dem Gemeinwohl unterzuordnen.“

Prägende Einflüsse

Gleichzeitig blieb es beim Machtkampf mit Jakob Kaiser bis zu dessen Absetzung durch die sowjetische Militärverwaltung im Dezember 1947. Der Arbeitnehmerflügel blieb aber stark genug, im Ahlener Programm wichtige sozialpolitische Anliegen zu verankern, die bis heute unsere Gesellschaft prägen: Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art 14 Grundgesetz) sowie die Neuordnung des Verhältnisses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Tarifautonomie, Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung.

Weil das Ahlener Programm von der CDU in der britischen Zone verabschiedet wurde, gilt es heute nicht als offizielles CDU-Parteiprogramm. Dennoch wirkt es bis heute, denn das erste Parteiprogramm der Bundes-CDU, die Düsseldorfer Leitsätze von 1949, beruft sich drei Mal ausdrücklich auf das Ahlener Programm. So heißt es dort, durch die Monopolkontrolle „führt die von uns geforderte Wirtschaftsordnung neben den im Ahlener Programm genannten Mitteln zu wahrer Wirtschaftsdemokratie, und deshalb nennen wir sie soziale Marktwirtschaft“. Und weiter: „Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.“

Literatur

Hans Georg Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedegründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.

Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU, Stuttgart 1981.

Leo Schwering: In den Klauen der Gestapo., Köln 1988.

Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002.

Günter Buchstab (Hrsg.): Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU, Freiburg 2005.